Landeswettbewerb 2021 Würselen-Broichweiden

Nachhaltig Wohnen mit Holz im Quartier Lambertz

Hauptausrichter: Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (MHKBG), vertreten durch das Referat 'Experimenteller Wohnungsbau'

Ausloberin: Aachener Printen- und Schokoladenfabrik Henry Lambertz GmbH & Co. KG vertreten durch die Wilhelm Kinkartz GmbH & Co. KG

Mitausloberin: Stadt Würselen

Kooperationspartnerin: Architektenkammer NW

Bewerbungsbogen

**Anlage 2** zur Wettbewerbsbekanntmachung

Diese Anlage ist wesentlicher Bestandteil der Wettbewerbsbekanntmachung und ist zwingend zu beachten.

**INHALT DES BEWERBUNGSBOGENS**

**A.1 AUSSCHLUSSKRITERIEN**

A.1.1 Fristgerechter und vollständiger Eingang

A.1.2 Teilnahmeerklärung

A.1.3 Erklärung zu einer Bewerbergemeinschaft *(falls zutreffend)*

A.1.4 Erklärung zu Unterauftragnehmer\*innen

*[Die Abschnitte A.2 und A.3 sind durch jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft / jeden Unterauftragnehmer auszufüllen, siehe Anlage A]*

**A.2 EIGENERKLÄRUNGEN**

A.2.1 Erklärung zu Ausschlusskriterien gem. §§ 123 und 124 GWB

A.2.2 Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen gem. § 124 (1) Nr. 5 GWB

A.2.3 Erklärung zum Ausschluss von Doppelbewerbungen

A.2.4 Einwilligungserklärung für Teilnehmende nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO

A.2.5 Eigenerklärung zur Anerkennung der Auslobungsbedingungen

**A.3 NACHWEISE / ERKLÄRUNGEN**

A.3.1 Nachweis eines geforderten Berufsstands gem. § 44 (1) VgV

A.3.2 Nachweis geforderter Berufshaftpflichtdeckung gem. § 45 (4) Nr. 2 VgV

A.3.3 Nachweis der Eintragung in einem Handels-/Partnerschaftsregister

**ANLAGEN**

ANLAGE A (zu A.1.3) – weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft

ANLAGE B (zu A.1.3) – Erklärung der Bewerbergemeinschaft

ANLAGE C (zu A.1.4) – Erklärung Unterauftragnehmer\*innen

ANLAGE D (zu A.2.4) – Einwilligungserklärung für Teilnehmende nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO

ANLAGE E (zu A.3.1) – Befähigungsnachweis

ANLAGE F (zu A.3.2) – Versicherungsnachweis / Eigenerklärung

ANLAGE G (zu A.3.3) – Aktueller Handels-/Partnerschaftsregisterauszug

**BEWERBUNGSBOGEN**

**BEWERBUNGSBOGEN**

**A.1 AUSSCHLUSSKRITERIEN**

**A.1.1 Fristgerechter Eingang und Vollständigkeit der Unterlagen**

Die Bewerbung ist unterschrieben als Ausdruck bis zu dem in der Bekanntmachung angegebenem Submissionstermin einzureichen. Maßgeblich ist der fristgerechte Eingang der Bewerbung in der folgenden Stelle:

scheuvens + wachten plus planungsgesellschaft mbH  
Friedenstraße 18, 44139 Dortmund  
Kennwort "Landeswettbewerb 2021 Würselen"

Die Bewerbungsunterlagen sind vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich im Original unterschrieben einzureichen.

**A.1.2 Teilnahmeerklärung**

Hiermit bewerbe ich mich, um Leistungen gemäß dem in der Bekanntmachung genannten Leistungsbild im Rahmen eines Realisierungswettbewerbs nach RPW 2013 für das Projekt: Landeswettbewerb 2021 Würselen-Broichweiden "Nachhaltig Wohnen mit Holz im Quartier Lambertz"

als federführende\*r Vertreter\*in einer Bewerbergemeinschaft **als Architekt\*in** *(Landschaftsarchitekt\*in und Stadtplaner\*in in Bewerbergemeinschaft)*

als Einzelbewerber\*in **als Architekt\*in** *(Landschaftsarchitekt\*in und Stadtplaner\*in als Unterauftragnehmer)*

Büroname / Name

unterschriftsberechtigte Person

Ansprechpartner / Projektleiter

Straße

PLZ / Ort

Mail / Web

**UNTERSCHRIFT**

Ort, Datum verbindliche Unterschrift der unterschriftsberechtigten Person und ggf. Stempel

**!! Wird das Schreiben hier nicht entsprechend signiert, gilt die Bewerbung als nicht abgegeben !!**

**A.1.3 Bewerbergemeinschaft (falls zutreffend)**

Als Mitglied / Mitglieder einer Bewerbergemeinschaft beteiligt ist / sind:

**Büro Landschaftsarchitektur**

Büroname / Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Fax

Mail / Web

**Büro Stadtplanung**

Büroname / Name

Ansprechpartner

Straße

PLZ / Ort

Telefon / Fax

Mail / Web

Für jedes hier genannte Mitglied der Bewerbergemeinschaft gelten die Abschnitte A.2 und A.3 dieses Bewerbungsbogens gleichermaßen. Daher liegen die jeweils separat ausgefüllten Abschnitte A.2 und A.3 diesem Bewerbungsbogen nebst erforderlichen Nachweisen als **Anlage A** bei.

Zudem ist im Falle einer Bewerbergemeinschaft die Erklärung der Bewerbergemeinschaft (**Anlage B**) zwingend durch alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft zu unterzeichnen.

**A.1.4 Erklärung zu Unterauftragnehmer\*innen**

Ich beabsichtige mich der Kapazitäten anderer Unternehmen als Unterauftragnehmer\*innen zu bedienen.

Ja

Nein

Falls ja:

**Unterauftragnehmer\*in 1 (z.B. Landschaftsarchitektur)**

Büroname / Name des Unterauftragnehmers

Adresse des Unterauftragnehmers

Bestandteile der Unterbeauftragung

**Unterauftragnehmer\*in 2 (z.B. Stadtplanung)**

Büroname / Name des Unterauftragnehmers

Adresse des Unterauftragnehmers

Bestandteile der Unterbeauftragung

**Eigenerklärung zur Leistungsbereitstellung von Unterauftragnehmer\*innen**

Im Falle von Unterbeauftragungen ist eine Eigenerklärung (**Anlage C**) über die Leistungsbereitstellung von Unterauftragsnehmer\*innen abzugeben. Mit Vorlage der Bewerbung muss der/die Unterbeauftragte rechtsverbindlich erklären, dass er/sie zur Auftragsausführung zur Verfügung steht. Sollte diese\*r bei Beauftragung nicht mehr zur Verfügung stehen, besteht ein Sonderkündigungsrecht.

Beabsichtigt ein\*e Bewerber\*in, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmer\*innen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der/die Bewerber\*in und der/die Unternehmer\*in, dessen Kapazitäten der/die Bewerber\*in in Anspruch nehmen will, mit dem Teilnahmeantrag/der Bewerbung eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften. Im Übrigen wird auf die Bestimmungen des § 47 VgV verwiesen.

Für jede\*n hier genannten Unterauftragnehmer\*in gelten die Abschnitte A.2 und A.3 dieses Bewerbungsbogens gleichermaßen. Daher liegen die jeweils separat ausgefüllten Abschnitte A.2 und A.3 diesem Bewerbungsbogen nebst erforderlichen Nachweisen als **Anlage A** bei.

**ABSCHNITT A.2 - Eigenerklärungen des federführenden Büros / Einzelbewerber\*in**

**A.2.1 Erklärung zu Ausschlusskriterien gem. §§ 123 und 124 GWB**

Hiermit erkläre ich,

* dass keine Ausschlusskriterien nach § 123 GWB vorliegen.

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).  (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des

Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

* dass keine Ausschlusskriterien nach §124 GWB vorliegen

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a)  versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b)  versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c)  fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

**A.2.2 Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen gem. § 124 (1) Nr. 5 GWB**

Hiermit erkläre ich,

dass keine wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Unternehmen oder Kooperationsgemeinschaften in Bezug auf die Teilnahme am Verfahren vorliegen.

|  |
| --- |
| Bei Vorliegen von wirtschaftlichen Verbindungen, welche? |
| Gesellschafter / Inhaber |
|  |
|  |
|  |
|  |

**A.2.3 Erklärung zum Ausschluss von Doppelbewerbungen**

Hiermit erkläre ich, dass sich kein weiteres Mitglied des Büros, ggf. ein\*e Unterauftragnehmer\*in oder der Bewerbergemeinschaft bewirbt.

**A.2.4 Einwilligungserklärung für Teilnehmende nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO**

Die scheuvens + wachten plus planungsgesellschaft mbH, Friedenstraße 18 in 44139 Dortmund (im folgenden scheuvens + wachten plus) ist von der Ausloberschaft beauftragt worden, bei dem vorliegenden Ausschreibungsverfahren die Wettbewerbs- und Verfahrensbetreuung zu übernehmen. Wir erheben und verarbeiten dazu Ihre personenbezogenen Daten in diesem Verfahren zum Zweck der Planung, Durchführung, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit eines Planungswettbewerbs nach der RPW 2013 mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb und anschließendem Verhandlungsverfahren. scheuvens + wachten plus wird außerdem regelmäßig von privaten und öffentlichen Auftraggebern beauftragt, Planungswettbewerbe zu organisieren und zu betreuen. Dabei gehört es u.a. auch zu unserer regelmäßigen Aufgabe, der Ausloberschaft mögliche Teilnehmer\*innen vorzuschlagen.

Mit der Einwilligungserklärung (**Anlage D**) willigen Sie ein, dass wir Sie ggf. per Post, Telefon, Telefax, Mobiltelefon oder E-Mail auf einer der in der Erklärung angegebenen Adressen kontaktieren, um Sie anzufragen, ob Sie Zeit und Interesse für die Teilnahme an einem Verfahren besitzen und dass wir diese Daten in unserer Datenbank hinterlegen.

Die vollständigen Namen (ggf. mit Titel, Berufsbezeichnung, Tätigkeitsort) der genannten Personen werden an andere Wettbewerbsbeteiligte i.S.d. § 2 RPW 2013 weitergeleitet und können in Protokollen, Veröffentlichungen und sonstigen Unterlagen, die zur Vorbereitung, Durchführung, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit des Verfahrens erforderlich sind, aufgeführt werden. Diese Angaben werden veröffentlicht und können in der Presse und anderen Medien genannt werden.

Folgende personenbezogene Daten aller am vorliegenden Projekt Mitarbeitenden werden bei uns gespeichert: Unternehmensname, Vor- und Zuname (ggf. mit Titel), Berufsbezeichnung, Postanschrift, Telefax, Telefon / Mobil und E-Mail.

Für jede Person, die Ihrerseits an der Bearbeitung des Projektes beteiligt wird (Mitarbeiter\*innen, freie Mitarbeiter\*innen, Unterauftragnehmer\*innen etc.) und deren Namen uns im Rahmen dieser Bewerbung übermittelt wird, ist eine separate ausgefüllte und unterschriebene Einwilligungserklärung (**Anlage D**) einzureichen.

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Hinweise und die in Anlage D genannten Punkte zu Kenntnis genommen habe und die Anlage für alle Beteiligten beilege.

**A.2.5 Eigenerklärung des federführenden Büros**

Hiermit erkläre ich,

* dass alle oben gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen.
* dass ich die Auslobungs- / Verfahrensbedingungen anerkenne und ich im Falle der Auswahl in der genannten Kooperationsgemeinschaft am Verfahren teilnehme.

**UNTERSCHRIFT**

Ort, Datum verbindliche Unterschrift / Stempel

**ABSCHNITT A.3 – Nachweise des federführenden Büros / Einzelbewerber\*in**

**A.3.1 Nachweis eines geforderten Berufsstands gem. § 44 (1) VgV**

**Mindestanforderung: Nachweis des besonderen Berufsstands gem. § 44 Abs. 1 VgV und damit der beruflichen Befähigung gem. Bekanntmachung (Architekt\*in, Landschaftsarchitekt\*in und Stadtplaner\*in) der/des jeweiligen Entwurfsverfasser\*in durch Benennung der Eintragungsnummer einer Architektenkammer und z. B. der Eintragungsurkunde oder, falls dies in dem Heimatland nicht gesetzlich geregelt ist, durch ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis, dessen Anerkennung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG - "Berufsanerkennungsrichtlinie" gewährleistet ist.**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Büroinhaber/ Geschäftsführer/  Projektverantwortlicher/Verfasser | eingetragen als | Kammernummer | Tag der Eintragung |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |

Aktuelle Befähigungsnachweise der jeweiligen Fachrichtung sind als **Anlage E** beigefügt.

**A.3.2 Nachweis geforderter Berufshaftpflichtdeckung gem. § 45 (4) Nr. 2 VgV**

Hiermit bestätige ich, dass eine Berufshaftpflichtversicherung in entsprechender Höhe besteht oder im Auftragsfalle die Berufshaftpflichtversicherung entsprechend abgeschlossen bzw. erhöht wird.

**Mindestanforderung: mind. 1.500.000 € für Personenschäden sowie 750.000 € für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden etc.) mit 2-facher Maximierung pro Versicherungsjahr**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| bei Personenschäden (min. 1,5 Mio. EUR) | EUR | -fach Max. |
| bei sonstigen Schäden (min. 0,75 Mio. EUR) | EUR | -fach Max. |

Ein aktueller Versicherungsnachweis / eine entsprechende Eigenerklärung ist als **Anlage F** beigefügt.

**A.3.3 Nachweis der Eintragung in einem Handels-/Partnerschaftsregister**

Hiermit erkläre ich, dass ich

**Bitte Angeben**

|  |  |
| --- | --- |
| Geschäftsform des Bewerbers: |  |
| Handelt es sich bei einem/er Bewerber\*in um eine juristische Personen, ist der Nachweis der Unterschriftenberechtigung in Form z.B. eines Handelsregisterauszugs beizufügen. | |
| Registernummer |  |

Ein aktueller Handelsregisterauszug (o.Ä.) ist – falls erforderlich – als **Anlage G** beigefügt.

**ANLAGE A** (zu A.1.3)   
**weitere Mitglieder der Bewerbergemeinschaft / Unterauftragnehmer\*in**

**ANLAGEN**

Büroname / Name

als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft

als Unterauftragnehmer\*in des Einzelbewerbers

Fachrichtung:  Landschaftsarchitektur  Stadtplanung  Architektur

**ABSCHNITT A.2 - Eigenerklärungen eines weiteren Büros der Bewerbergemeinschaft / eines/r Unterauftragnehmer\*in**

**A.2.1 Erklärung zu Ausschlusskriterien gem. §§ 123 und 124 GWB**

Hiermit erkläre ich,

* dass keine Ausschlusskriterien nach § 123 GWB vorliegen.

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),
2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,
3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),
4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
5. § 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,
6. § 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),
7. § 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),
8. den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),
9. Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder
10. den §§ 232 und 233 des Strafgesetzbuchs (Menschenhandel) oder § 233a des Strafgesetzbuchs (Förderung des Menschenhandels).  (2) Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des

Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

(3) Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn diese Person als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.

(4) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren aus, wenn

1. das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder
2. die öffentlichen Auftraggeber auf sonstige geeignete Weise die Verletzung einer Verpflichtung nach Nummer 1 nachweisen können.

Satz 1 ist nicht anzuwenden, wenn das Unternehmen seinen Verpflichtungen dadurch nachgekommen ist, dass es die Zahlung vorgenommen oder sich zur Zahlung der Steuern, Abgaben und Beiträge zur Sozialversicherung einschließlich Zinsen, Säumnis- und Strafzuschlägen verpflichtet hat.

(5) Von einem Ausschluss nach Absatz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist. Von einem Ausschluss nach Absatz 4 Satz 1 kann abgesehen werden, wenn dies aus zwingenden Gründen des öffentlichen Interesses geboten ist oder ein Ausschluss offensichtlich unverhältnismäßig wäre. § 125 bleibt unberührt.

* dass keine Ausschlusskriterien nach §124 GWB vorliegen

(1) Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn

1. das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,

2. das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,

3. das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,

4. der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,

5. ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,

6. eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,

7. das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,

8. das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder

9. das Unternehmen

a)  versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,

b)  versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder

c)  fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.

**A.2.2 Erklärung zu wirtschaftlichen Verknüpfungen gem. § 124 (1) Nr. 5 GWB**

Hiermit erkläre ich,

dass keine wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Unternehmen oder Kooperationsgemeinschaften in Bezug auf die Teilnahme am Verfahren vorliegen.

|  |
| --- |
| Bei Vorliegen von wirtschaftlichen Verbindungen, welche? |
| Gesellschafter / Inhaber |
|  |
|  |
|  |

**A.2.3 Erklärung zum Ausschluss von Doppelbewerbungen**

Hiermit erkläre ich, dass sich kein weiteres Mitglied des Büros oder der Bewerbergemeinschaft bewirbt.

**A.2.4 Einwilligungserklärung für Teilnehmende nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO**

Die scheuvens + wachten plus planungsgesellschaft mbH, Friedenstraße 18 in 44139 Dortmund (im folgenden scheuvens + wachten plus) ist von der Ausloberschaft beauftragt worden, bei dem vorliegenden Ausschreibungsverfahren die Wettbewerbs- und Verfahrensbetreuung zu übernehmen. Wir erheben und verarbeiten dazu Ihre personenbezogenen Daten in diesem Verfahren zum Zweck der Planung, Durchführung, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit eines Planungswettbewerbs nach der RPW 2013 mit vorgeschaltetem Teilnahmewettbewerb und anschließendem Verhandlungsverfahren. scheuvens + wachten plus wird außerdem regelmäßig von privaten und öffentlichen Auftraggebern beauftragt, Planungswettbewerbe zu organisieren und zu betreuen. Dabei gehört es u.a. auch zu unserer regelmäßigen Aufgabe, der Ausloberschaft mögliche Teilnehmer vorzuschlagen.

Mit der Einwilligungserklärung (**Anlage D**) willigen Sie ein, dass wir Sie ggf. per Post, Telefon, Telefax, Mobiltelefon oder E-Mail auf einer der in der Erklärung angegebenen Adressen kontaktieren, um Sie anzufragen, ob Sie Zeit und Interesse für die Teilnahme an einem Verfahren besitzen und dass wir diese Daten in unserer Datenbank hinterlegen.

Die vollständigen Namen (ggf. mit Titel, Berufsbezeichnung, Tätigkeitsort) der genannten Personen werden an andere Wettbewerbsbeteiligte i.S.d. § 2 RPW 2013 weitergeleitet und können in Protokollen, Veröffentlichungen und sonstigen Unterlagen, die zur Vorbereitung, Durchführung, Dokumentation und Öffentlichkeitsarbeit des Verfahrens erforderlich sind, aufgeführt werden. Diese Angaben werden veröffentlicht und können in der Presse und anderen Medien genannt werden.

Folgende personenbezogene Daten aller am vorliegenden Projekt Mitarbeitenden werden bei uns gespeichert: Unternehmensname, Vor- und Zuname (ggf. mit Titel), Berufsbezeichnung, Postanschrift, Telefax, Telefon / Mobil und E-Mail.

Für jede Person, die Ihrerseits an der Bearbeitung des Projektes beteiligt wird (Mitarbeiter\*innen, freie Mitarbeiter\*innen, Unterauftragnehmer\*innen etc.) und deren Namen uns im Rahmen dieser Bewerbung übermittelt wird, ist eine separate ausgefüllte und unterschriebene Einwilligungserklärung (**Anlage D**) einzureichen.

Hiermit erkläre ich, dass ich diese Hinweise und die in Anlage D genannten Punkte zu Kenntnis genommen habe und die Anlage für alle Beteiligten beilege.

**A.2.5 Eigenerklärung des weiteren Büros**

Hiermit erkläre ich,

* dass alle oben gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen.
* dass ich die Auslobungsbedingungen anerkenne und ich im Falle der Auswahl in der genannten Kooperationsgemeinschaft am Verfahren teilnehme.

**UNTERSCHRIFT**

Ort, Datum verbindliche Unterschrift / Stempel

**ABSCHNITT A.3 – Nachweise eines weiteren Büros der Bewerbergemeinschaft / eines/r Unterauftragnehmer\*in**

**A.3.1 Nachweis eines geforderten Berufsstands gem. § 44 (1) VgV**

**Mindestanforderung: Nachweis des besonderen Berufsstands gem. § 44 Abs. 1 VgV und damit der beruflichen Befähigung gem. Bekanntmachung (Architekt\*in, Landschaftsarchitekt\*in, Stadtplaner\*in) des/r jeweiligen Entwurfsverfasser\*in durch Benennung der Eintragungsnummer einer Architektenkammer und z. B. der Eintragungsurkunde oder, falls dies in dem Heimatland nicht gesetzlich geregelt ist, durch ein Diplom, Prüfungszeugnis oder sonstigen Befähigungsnachweis, dessen Anerkennung gemäß der Richtlinie 2005/36/EG - "Berufsanerkennungsrichtlinie" gewährleistet ist.**

|  |  |  |  |
| --- | --- | --- | --- |
| Büroinhaber/ Geschäftsführer/  Projektverantwortlicher/Verfasser | eingetragen als | Kammernummer | Tag der Eintragung |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |
|  |  |  |  |

Aktuelle Befähigungsnachweise der jeweiligen Fachrichtung sind als **Anlage E** beigefügt.

**A.3.2 Nachweis geforderter Berufshaftpflichtdeckung gem. § 45 (4) Nr. 2 VgV**

Hiermit bestätige ich, dass eine Berufshaftpflichtversicherung in entsprechender Höhe besteht oder im Auftragsfalle die Berufshaftpflichtversicherung entsprechend abgeschlossen bzw. erhöht wird.

**Mindestanforderung: mind. 1.500.000 € für Personenschäden sowie 750.000 € für sonstige Schäden (Sach- und Vermögensschäden etc.) mit 2-facher Maximierung pro Versicherungsjahr**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| bei Personenschäden (min. 1,5 Mio. EUR) | EUR | -fach Max. |
| bei sonstigen Schäden (min. 0,75 Mio. EUR) | EUR | -fach Max. |

Ein aktueller Versicherungsnachweis / eine entsprechende Eigenerklärung ist als **Anlage F** beigefügt.

**A.3.3 Nachweis der Eintragung in einem Handels-/Partnerschaftsregister**

Hiermit erkläre ich, dass ich

**Bitte Angeben**

|  |  |
| --- | --- |
| Geschäftsform des Bewerbers: |  |
| Handelt es sich bei einem Bewerber um eine juristische Personen, ist der Nachweis der Unterschriftenberechtigung in Form z.B. eines Handelsregisterauszugs beizufügen. | |
| Registernummer |  |

Ein aktueller Handelsregisterauszug (o.Ä.) ist – falls erforderlich – als **Anlage G** beigefügt.

**ANLAGE B** (zu A.1.3)

**Erklärung der Bewerber- / Bieter- / Arbeitsgemeinschaft**

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bewerber- / Bietergemeinschaft

|  |  |
| --- | --- |
| federführendes Mitglied |  |
| Mitglied |  |
| Mitglied |  |

erklären, im Falle einer Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden.

Außerdem erklären wir, dass der/die bevollmächtigte Vertreter\*in

die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt. Der /die bevollmächtigte Vertreter\*in ist mit uneingeschränkter Wirkung berechtigt für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen.

|  |  |
| --- | --- |
| Ort, Datum | Name, Stempel und Unterschrift |
| **UNTERSCHRIFT**  **UNTERSCHRIFT**  **UNTERSCHRIFT** |  |
|  |  |
|  |  |

**ANLAGE C** (zu 1.4)

**Eigenerklärung zur Leistungsbereitstellung von Unterauftragnehmer\*innen**

Mit Vorlage der Bewerbung muss der/die Unterbeauftragte rechtsverbindlich erklären, dass er zur Auftragsausführung zur Verfügung steht. Sollte dieser bei Beauftragung nicht mehr zur Verfügung stehen, besteht ein Sonderkündigungsrecht. Beabsichtigt ein/e Bewerber\*in, im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmer in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so haben der/die Bewerber\*in und der/die Unternehmer\*in, dessen Kapazitäten der/die Bewerber\*in in Anspruch nehmen will, mit dem Teilnahmeantrag/der Bewerbung eine Erklärung dahingehend vorzulegen, dass sie für die Auftragsausführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe gesamtschuldnerisch haften.

**ANLAGE E**

**Befähigungsnachweis der jeweiligen Fachrichtungen (z.B. Architektur, Stadtplanung, Landschaftsarchitektur)**

**ANLAGE F**

**Aktueller Versicherungsnachweis**

**ANLAGE G**

**Aktueller Handels-/Partnerschaftsregisterauszug**

**ANLAGE D**

**- Diese Seite darf in ihrem Aufbau und ihren Inhalten nicht verändert werden! -**

**Einwilligungserklärung für Teilnehmer nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a DSGVO**

Für jede Person, die Ihrerseits an der Bearbeitung des Projektes beteiligt wird (Mitarbeiter\*innen, freie Mitarbeiter\*innen, Unterauftragnehmer\*innen etc.) und deren Namen uns im Rahmen dieser Bewerbung übermittelt wird, ist eine separate ausgefüllte und unterschriebene Einwilligungserklärung einzureichen:

Mit der Unterzeichnung dieses Dokuments willige ich ein, dass die von mir angegeben personenbezogenen Daten für die oben genannten Zwecke genutzt werden und von Mitarbeitern der Firma scheuvens + wachten plus verarbeitet werden dürfen. Ich verstehe, dass es mir freisteht, meine Einwilligung zu geben, und dass ich meine Einwilligung jederzeit widerrufen kann, ohne dass sich dies auf die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung basierend auf der Einwilligung vor meinem Widerruf auswirkt.

|  |  |
| --- | --- |
| Unternehmensname: | \_\_\_\_\_ |
| Vor- und Zuname (ggf. mit Titel): | \_\_\_\_\_ |
| Berufsbezeichnung: | \_\_\_\_\_ |
| Postanschrift: | \_\_\_\_\_ |
| Telefax: | \_\_\_\_\_ |
| Telefon / Mobil: | \_\_\_\_\_ |
| E-Mail: | \_\_\_\_\_ |
| Ort und Datum: | \_\_\_\_\_ |
| Unterschrift: | \_\_\_\_\_ |

Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO: Die Verarbeitung ist zur Wahrung unserer berechtigten Interessen als Dritter erforderlich. Die Daten werden gelöscht, sobald sie für den Zweck ihrer Verarbeitung nicht mehr erforderlich sind und die vom Gesetzgeber vorgeschriebenen Aufbewahrungspflichten abgelaufen sind. Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen im Zusammenhang mit der Verarbeitung personenbezogener Daten durch uns folgende Rechte zu: Sie haben das Recht, Auskunft darüber zu verlangen, ob und welche personenbezogenen Daten wir über Sie speichern (Art. 15 DSGVO). Wenn Sie der Auffassung sind, dass die über Ihre Person gespeicherten Daten fehlerhaft oder unvollständig sind, können Sie jederzeit die unverzügliche Berichtigung oder Vervollständigung dieser Daten verlangen (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Daten, die Sie uns bereitgestellt haben, können Sie in einem strukturierten, gängigen oder maschinenlesbaren Format von uns erhalten oder verlangen, dass wir diese Daten einem Dritten übermitteln (Art. 20 DSGVO). Sie haben außerdem als betroffene Person unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, insbesondere in dem Mitgliedstaat Ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt.

Möchten Sie diese Rechte geltend machen, so richten Sie Ihre Anfrage bitte per E-Mail oder per Post unter eindeutiger Identifizierung Ihrer Person an die scheuvens + wachten plus planungsgesellschaft mbH, Friedenstraße 18, 44139 Dortmund, Email: info@scheuvens-wachten.de